

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Anna Schwamberger

Abg. Wolfgang Fackler

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Thomas Gehring

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Margit Wild

Abg. Matthias Fischbach

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes**

**hier: Besoldung A 13 für alle Lehrkräfte (Drs. 18/24246)**

**- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. – Zur Begründung erteile ich Frau Kollegin Anna Schwamberger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Anna Schwamberger (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Allein in dieser Legislaturperiode haben wir schon x-mal über die Einführung von A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte diskutiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, immer wieder mussten wir uns dabei von Ihnen anhören, dass die Studiengänge nicht vergleichbar und die Anforderungen am Gymnasium höher seien, sodass eine gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte nicht möglich sei.

Da ist es wieder, das Söder-Fähnchen, das sich so dreht, wie es ihm gerade in den Sinn kommt. Ministerpräsident Söder gibt die Blockadehaltung endlich auf und kündigt an, dass Grund- und Mittelschullehrkräfte nun doch auch A 13 bekommen sollen. Begonnen werden soll aber mit den Grund- und Mittelschullehrkräften, und natürlich erst in der nächsten Legislaturperiode.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist uns zu wenig. Es soll eben kein typischer Söder werden: ankündigen und dann doch nicht umsetzen. Die Lehrkräfte haben dieses Spielchen nicht verdient. Sie haben vielmehr Wertschätzung finanzieller Art verdient. Wir fordern Sie auf, die Gesetzesgrundlage für A 13 noch in dieser Legislaturperiode zu schaffen. Sie könnten es sich leicht machen und einfach unserem Gesetzentwurf zustimmen. Aber ich kann es mir schon denken: Ein Komma ist falsch;

falscher Zeitpunkt; zu langsam; zu schnell; nicht durchdacht oder halt einfach von der Fraktion der GRÜNEN.

(Andreas Winhart (AfD): Genau!)

Sie finden doch immer einen Vorwand, um sich vor einer Zustimmung zu drücken. Es ist nicht viel vom groß angekündigten neuen Politikstil in Bayern übrig geblieben. Ich möchte Ihnen verdeutlichen, warum wir A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte für unabdingbar halten. Ganz praktisch: Wir haben viel Geld in die Ausbildung der Zweitqualifikantinnen und -qualifikanten gesteckt. Und doch laufen uns die Absolventinnen und Absolventen davon. Sie wechseln zurück an ihre eigentliche Schulart; sie werden sogar proaktiv abgeworben. Die bessere Bezahlung ist oftmals der ausschlaggebende Punkt. Wer kann in der heutigen Zeit ernsthaft auf rund 600 Euro brutto mehr im Monat verzichten? Wir haben Ihnen diese Entwicklung vorausgesagt. Und doch wurde das immer belächelt, und es wurde weggesehen. Mit A 13 können die Zweitqualifikantinnen und -qualifikanten wirklich die Schulart wählen, an der sie gerne unterrichten würden. Der Blick aufs Geld wird überflüssig.

Unsere Klassenzimmer sind Orte der Vielfalt. Das Unterrichten von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichsten Begabungen, Lebenswelten, Lernwegen und Unterstützungsbedarfen ist Alltag für unsere Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen. Ich bin froh, dass unsere Lehrkräfte jede zusätzliche Aufgabe, die wir ihnen auftragen – sei es das Testen oder der digitale Unterricht –, mit Bravour meistern. Die Arbeit ist herausfordernd und anspruchsvoll. Trotzdem verdienen unsere Grund- und Mittelschullehrkräfte immer noch deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen an Realschulen und Gymnasien.

Seien wir doch ehrlich: Jede Schulart hat ihre eigenen Herausforderungen. Der Unterricht an sich ist nur schwer vergleichbar, und doch haben alle Lehrkräfte einen Auftrag. Dazu möchte ich Ihnen Artikel 1 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes vorlesen:

Die Schulen haben den in der Verfassung verankerten Bildungs- und Erziehungsauftrag zu verwirklichen. Sie sollen Wissen und Können vermitteln sowie Geist und Körper, Herz und Charakter bilden. Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung, vor der Würde des Menschen und vor der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft, Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne und Verantwortungsbewusstsein für Natur, Umwelt, Artenschutz und Artenvielfalt. Die Schülerinnen und Schüler sind im Geist der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinn der Völkerversöhnung zu erziehen.

Das ist die Grundlage für jede einzelne Unterrichtsstunde, egal ob an Grund-, Mittel- oder Realschule oder am Gymnasium. Das muss auch die Grundlage für die Besoldung jeder einzelnen Lehrkraft sein. Ich bin gespannt auf die heutige Debatte und die Erklärungen der CSU, warum A 13 denn nun doch möglich ist. Ansonsten freue ich mich auf die Beratungen in den Ausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die CSU-Fraktion spricht der Kollege Wolfgang Fackler.

**Wolfgang Fackler (CSU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte und geschätzte Frau Präsidentin! Heute Vormittag haben wir ja schon wieder einen sehr emotionalen Auftakt gehabt. Vom Thema "A 13 für alle" – das wissen wir natürlich auch – hören wir heute zum wiederholten Male. Diese Forderung begleitet uns hier in dem Hohen Haus schon seit längerer Zeit. Wir alle wissen, dass das eine plakative und populäre Forderung ist. Die Opposition sieht darin eines ihrer dringendsten Themen. Nachdem das Thema und die Schallplatte ja regelmäßig aufgelegt werden, können wir fast schon von einem Lehrerhit sprechen. Ein Antrag jagt den anderen. Mit dem heute vorgelegten Gesetzentwurf kann man fast

schon von einem Evergreen sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn unsere Argumente im Grundsatz nach wie vor die gleichen sind.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Heute wollen Sie von den GRÜNEN offenbar die Gunst der Stunde nutzen, nachdem unser Ministerpräsident angekündigt hat, die Besoldung der Grund- und Mittelschullehrer ab der nächsten Legislaturperiode zu verbessern und auf A 13 anzuheben.

(Zuruf der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Ich sage Ihnen aber: Wir verfolgen hier einen klaren Weg und wissen auch, wann das sein wird. Ich sage auch, Frau Kollegin, dass wir hier keine Spielchen machen. Das ist auch keine vage Ankündigung, sondern eine konkrete Aussage, die vor allem auf den Prognosen für den Haushalt 2023 basiert.

Ich sage Ihnen an der Stelle nur mal eines: Was im Jahr 2023 auf uns zukommen wird, wird noch knackig werden. Finanziell wird das auf jeden Fall insgesamt eine enge Kiste werden. Von den kostenmäßigen Belastungen her wird das kein Wunschkonzert. Das möchte ich an der Stelle schon einmal vorausschicken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, so weit, so gut. Wir wissen, wann das sein wird. Über das perspektivische Ziel sind wir uns ja auch einig. Aber leider ist der von Ihnen vorgelegte Weg mit diesem Gesetzentwurf dafür völlig ungeeignet, wenn nicht sogar unbrauchbar.

Wir alle wissen, dass die Beamtenbesoldung ein sehr komplexes Gefüge ist. Das klammert Ihr Gesetzentwurf leider völlig aus. Ich weiß nicht, ob Sie da – offenbar ist es so – von Nordrhein-Westfalen oder wem auch immer abgeschrieben haben. Aber die Parallelen kommen mir irgendwo bekannt vor. Änderungen müssen wohlüberlegt sein. Es braucht ein seriöses und durchdachtes Konzept. Wir können hier nichts übers Knie brechen. Dieses Konzept wird nun in den nächsten Wochen und Monaten erarbeitet.

Ich sage an der Stelle auch: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit und auch vor grüner Effekthascherei, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Da muss er selber lachen!)

– Da muss ich durchaus lachen, wegen der Effekthascherei von Ihrer Seite. – Im Übrigen sage ich an der Stelle auch mal, dass gar keine Eile nötig ist; denn Sie wissen auch: Eine schnelle Verbesserung des Einstiegsgehalts im Sinne von A 13 ist keine Maßnahme, um den akuten Lehrermangel an den Grund- und Mittelschulen zu beheben.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Eine Verbesserung des Gehalts jetzt sorgt weder dafür, dass eine zusätzliche Lehrkraft vor einer Schulklasse steht, noch dafür, dass eine zusätzliche Stunde mehr unterrichtet wird. Eine Verbesserung der Bezahlung sorgt lediglich für einen mittelfristigen Anreiz, Lehramt zu studieren. Im Übrigen haben wir nach meinen Informationen so viele Studienanfänger im Grundschullehramt wie selten zuvor. Anscheinend ist das Gehalt also kein zentraler Anreiz. Darum ist es vielleicht auch mal gut, den Fokus stärker auf die Mittelschule zu legen. Auf jeden Fall bringt eine schnelle Gehaltserhöhung jetzt für den Moment wenig. Das sollte man nicht ausblenden.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen bin ich fast etwas enttäuscht von den GRÜNEN; denn eine Maßnahme, um den Lehrkräftemangel schnell zu beheben, wäre es, vielleicht auch einmal über das Thema Teilzeit zu sprechen. Wir haben das vor eineinhalb oder zwei Wochen im Ausschuss für den öffentlichen Dienst getan. Ich weiß schon, dass jeder gerne versucht, das Thema unter dem Radar zu halten.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

– Ja, dann könnt ihr ja mal einen Gesetzentwurf in der Richtung machen, wenn ihr meint, dass das sinnvoll wäre. – In der "Staatszeitung" ist letzte Woche sogar etwas von der "Teilzeitmisere" gestanden. Wir haben 140.000 Köpfe in der Schule. Wir haben 100.000 Lehrerstellen. Wir haben 58 % Teilzeit in der Schule. Vielleicht liegt es gar nicht nur an Stellen und Bezahlung, sondern vielleicht gibt es auch einen anderen Grund, und der liegt bei den Standards.

(Beifall bei der CSU)

In der freien Wirtschaft gäbe es das auf jeden Fall nicht. Nur die Situation bei uns, beim Staat ist so, wie sie ist. Wo man landet, das sieht man ja auch heute. Wenn man dann wiederum von dem anderen Thema, von dem Sie ebenfalls gerne sprechen, der Diskriminierung, ausgeht, dann möchte ich an der Stelle einmal sagen: Da holen Sie immer gern den Dampfhammer raus. Ich halte das für eine völlig überzogene Unterstellung und weise diese auch in aller Deutlichkeit zurück. Andere Berufsgruppen sprechen sogar eher von einer Privilegierung der Lehrerschaft.

Ich will jetzt nicht irgendwelche Klischees oder Sonstiges rausholen. Aber zum einen ist es eine bewusste Entscheidung für das Grund- und Mittelschullehramt. Zum anderen sehe ich den Druck in der Wirtschaft, wenn es heißt, man muss Umsätze machen, Aufträge abschließen, irgendwo abrechenbare Stunden liefern, ganz genau; die Arbeitsverdichtung und die hohe Erwartungshaltung haben wir in der ganzen Wirtschaft und der ganzen Arbeitswelt. An der Stelle von Diskriminierung zu sprechen, halte ich für absolut deplatziert. Man kann das nicht immer nur aus der Perspektive einer Berufsgruppe beleuchten.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb fordere ich Sie von den GRÜNEN auf: Rüsten Sie verbal ab und machen Sie Ihre Hausaufgaben! Da sind wir bei der Schulpolitik. Wir haben jetzt in einer der nächsten Wochen Beratungen im Ausschuss für den öffentlichen Dienst. Ihr Gesetzentwurf hat schon auch ein paar handwerkliche Fehler. Ich möchte das jetzt nur in

aller Kürze bringen, weil ich nur noch zwei Minuten Zeit habe. Arbeiten Sie sich bitte zunächst auch einmal in die Systematik und Logik des Lehrerbildungsgesetzes ein. Wir hatten dazu vor ziemlich genau zwei Jahren eine Anhörung hier im Bayerischen Landtag zusammen mit dem Bildungsausschuss. Ich glaube, das müssen wir noch mal aufarbeiten. Wenn wir das wiederholt haben, dann widmen wir uns bitte dem Bayerischen Besoldungsgesetz.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, Herr Lehrer!)

Ihre Zulagenregelung ist für mich, gelinde gesagt, abwegig. Sie übersieht vor allem auch die erste Stufe, die wir bereits haben, mit A 12 und Z. Entweder haben Sie den Personenkreis übersehen, oder es war beabsichtigt. Aber in Ihrem Gesetzentwurf kommt dieser Personenkreis auf jeden Fall nirgendwo vor. Dieser erhält in Zukunft auch gar keine Zulage. Überprüfen Sie deswegen also noch einmal Ihren Gesetzentwurf. Betrachten Sie auch, wie es mit dem Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung aussieht; denn auch der Entwurf erscheint verfassungsrechtlich bedenklich. Formulieren Sie bitte außerdem die einen oder anderen Begrifflichkeiten sauberer und rechtstechnisch genauer.

In diesem Sinne: Daran sieht man einmal wieder, Schnellschüsse bringen so, wie heute präsentiert, gar nichts. Wir brauchen ein systemgerechtes und rechtskonformes Hebungskonzept.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Ein derartiges Konzept wird für das nächste Jahr erarbeitet, und zwar gründlich, ordentlich und mit Genauigkeit. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Fackler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Vizepräsident Thomas Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.



**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, Herr Fackler, auf Platz eins der Top-Hitliste schaffen Sie es nicht. Das war jetzt kein Evergreen und auch kein Hit, das war eher retro, was sie da gebracht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

In puncto Wendigkeit hat Ihnen Ihr Ministerpräsident tatsächlich einiges voraus. Wir nehmen jetzt aber zur Kenntnis: Die Ankündigung des Ministerpräsidenten Söder war ohne Konzept; dieses muss erst erarbeitet werden. Effekthascherei kann man somit allenfalls dem Ministerpräsidenten vorwerfen, aber nicht uns.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Bravo!)

Die Ankündigungen dieses Ministerpräsidenten sind Legion. Das Problem ist die Umsetzung. Es geht immer darum, eine gute Schlagzeile für die Presse zu formulieren, aber man kümmert sich in der Staatskanzlei und in dieser Regierung nicht darum, wie man das dann tatsächlich umsetzt.

Was hat er denn angekündigt? – A 14 in der nächsten Legislaturperiode irgendwie.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): A 14? Genau hinschauen! – Zurufe der Abgeordneten Tobias Gotthardt und Johann Häusler (FREIE WÄHLER))

– A 13 hat er angekündigt, in der nächsten Legislaturperiode irgendwie – diese endet 2028, Herr Häusler, Sie wissen das –, und er will einmal irgendwie bei den Mittelschullehrkräften beginnen. Warum nicht bei den Grundschullehrkräften? Ich verstehe nicht, warum Menschen, die kleine Kinder unterrichten, ein kleineres Gehalt bekommen als die anderen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verstehe auch nicht, dass Mittelschullehrkräfte, die mehr Stunden als die anderen unterrichten und die schwierigeren pädagogischen Herausforderungen zu bewältigen haben, weniger als die anderen verdienen. Dies sind strukturelle Ungerechtigkeiten.

Hier könnten wir jetzt bildungsgeschichtlich bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen, um dies nachzuweisen. Das muss endlich geändert werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir tun das konkret. Wir schlagen vor, das Besoldungsgesetz zu ändern und diesen unseligen Satz zu streichen, dass für Grund- und Mittelschullehrkräfte abweichend die Besoldungsgruppe A 12 gilt. Dieser Satz steht dort ohne Begründung. Er ergibt keinen Sinn. Er muss gestrichen werden. Das ist die Voraussetzung für diese Reform der Lehrerfinanzierung und für die Einführung von A 13.

Natürlich ist auch der Hinweis auf das Lehrerbildungsgesetz nicht nachvollziehbar. Es gibt keine Erklärung, warum das fachwissenschaftliche Studium mehr zählt als das fachdidaktische. Wir brauchen mehr Didaktik und Pädagogik in den Grund- und Mittelschulen, und die Grund- und Mittelschullehrkräfte leisten das. Grundschullehrkräfte machen einen tollen Job. Wir danken ihnen nicht nur, wir finanzieren sie auch besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit unserem Gesetzentwurf machen wir Nägel mit Köpfen. Wir steigen sofort in A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte und für alle ein, und wir beginnen auch schon mit der Finanzierung. Wir haben übrigens auch schon in den letzten Haushaltsverhandlungen den Vorschlag unterbreitet, mit der ersten Stufe jetzt in 2023 zu beginnen. Wir reden vorher mit unseren Haushältern und nicht nachher wie Sie. Wir schlagen einen Stufenplan vor, wie wir in A 13 für alle einsteigen, und werden diesen umsetzen.

Ich stelle fest: Der Ministerpräsident kündigt an, CSU und FREIE WÄHLER reden herum und verschieben es auf die nächste Legislaturperiode. Das Beste, um A 13 umzusetzen, wäre, dass diese Staatsregierung abgewählt wird und wir andere Mehrheiten hier im Haus haben.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Wir machen A 13. Wir setzen dies um und schaffen jetzt Tatsachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden das Thema jetzt im Ausschuss weiter beraten. Herr Fackler, wenn Sie zu unserem Gesetzentwurf noch ein paar detaillierte Änderungswünsche haben, sind Sie herzlich eingeladen, einen Änderungsantrag zu stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

So macht man das nämlich im Parlament. Dann werden wir einen wunderbaren Gesetzentwurf haben, dem Sie dann mit Ihren Stimmen zustimmen. Ich freue mich auf die weiteren Debatten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Tobias Gotthardt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Schön, dass Sie es einrichten konnten!)

Sie haben das Wort.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Schwambergerin, darauf, wie du mich gleich einmal so angehst, gibt es eine Antwort. Ganz ehrlich: Ich habe mir euren Gesetzentwurf durchgelesen. Ich weiß, weil ich anders als ihr in der Regierungsfraktion sein darf, dass wir uns in den letzten Monaten gemeinsam mit dem Koalitionspartner intensiv Gedanken darüber gemacht haben, wie wir A 13 umsetzen können. Das war ja schon seit Längerem unsere Position. Wir haben einen Kurs gefunden. Der Ministerpräsident hat das in aller Klarheit – wer hier Schwammigkeit vorwirft, der irrt – gesagt, dass es A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte geben wird. Entsprechend gelange ich zu dem Schluss, dass Ihr bzw. euer Gesetzentwurf etwas ist, das Sie, verehrte Kollegin Schwambergerin, sich ins Schaufenster ihres wunderschönen Büros in Bernau stellen

können. Das ist ein Schaufensterentwurf! Mehr ist das nicht, was Sie uns heute hier präsentieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch der Vorwurf, Kollege Gehring – hier muss ich das "-in" jetzt weglassen, weil Sie ja männlich sind –,

(Heiterkeit)

wir hätten das Ganze ohne Konzept getan: Ja, sagen Sie einmal! Wenn der Ministerpräsident sich vor den BLLV stellt, eine klare Ansage macht und sagt, ich will A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte, und wir dann als Regierungskoalition gemeinsam mit den Haushältern, mit dem Kultusministerium und allen betroffenen Verbänden usw. usf. ins Gespräch treten und uns gemeinsam überlegen, wie wir es machen, frage ich: Was ist denn daran falsch? – Ich finde daran nichts falsch. Ich finde es genau richtig, eine Änderung gemeinsam mit denen zu entwickeln, die es betrifft und die es dann umsetzen müssen. Das ist doch genau der Kurs, den Sie immer einfordern. Jetzt tun wir es!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE):  
Wann denn? – Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Für mich steht am Ende eines fest – ich brauche meine fünf Minuten gar nicht –: Herr Kollege Gehring, Sie haben irgendetwas davon geschwafelt, es gehe um die Abwahl der Regierung usw. Hier strahlt es durch, hier leuchtet es durch! Es geht euch doch gar nicht darum, hier Sachpolitik zu betreiben. Die Sachpolitik und die harte Arbeit für diese ganze Geschichte haben wir in der Regierungskoalition gemacht, und ihr kommt jetzt daher, bringt das Gleiche noch einmal und sagt, das müssen wir tun. Dann sagt ihr, es gehe um die Abwahl. Darum geht es euch! Es geht euch um ganz einfache, simple Geschichten und nicht darum, konstruktive Arbeit zu leisten, und das ist schade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe)

Jetzt noch ein letzter Punkt, weil es auch angesprochen worden ist: Wer genau zugehört hat, der hat auch eine klare Ansage gehört, was die Umsetzung betrifft. Ich sage es noch einmal für unsere Fraktion: Wir wollen eine schnelle stufenweise Umsetzung für Grund- und Mittelschullehrkräfte, und – das ist jetzt, glaube ich, mit beiden Fraktionen konform – wir wollen diese Umsetzung, beginnend ab dem Schuljahr 2023/2024, garantieren. Punkt! Ich glaube, damit haben wir unsere Hausaufgaben gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg einmal ein Beispiel aus der Praxis, wie desolat die Situation an Grundschulen ist: Drei von sechs Klassenleitern waren an einer neu gebauten Grundschule erkrankt.

(Peter Tomaschko (CSU): Wir sind schon ein Thema weiter!)

– Das ist mir schon klar. Lassen Sie mich ausführen. Sie holen auch immer weit aus. Ich komme dann schon dazu.

Meine Stieftochter hat den Unterricht aufrechterhalten. Sie ist Elternbeirat. Das sind die Realitäten, wie es in Grundschulen aussieht. Die Mobile Reserve – ich war Elternbeirat in allen Schularten – in den Grundschulen ist immer relativ schnell aufgezehrt.

Zur Schulpolitik, die Sie hier mit der Aussage verharmlosen, die Regierung hätte alle Hausaufgaben gemacht: Ich darf Sie mal daran erinnern, welches Wahldesaster Sie

2008 wegen der Schulpolitik erlebt haben, sehr geehrte CSU. Da können Sie mal Ihre eigenen Wahlanalysen anschauen. Sie unterschätzen das Thema, das hier eine Rolle spielt.

Herr Piazzolo hat heute in der Früh im Radio noch die vielen Einstellungszahlen gerühmt. – Ja, wir haben ganz neue Herausforderungen.

Am 21.09. hat der Ministerpräsident nach der Fraktionsklausur der CSU – – Bekanntlich sind da die FREIEN WÄHLER nicht dabei. Damals haben FREIE WÄHLER und CSU in Lehrerrunden und in Schülerrunden im Landtag noch massiv verteidigt, dass keinesfalls eine Angleichung der Besoldung auf A 13 für Grund- und Mittelschullehrer möglich sei. Die Besoldung A 13 für alle Lehrer ab dem nächsten, dem Haushalt 2023, ist für uns als AfD grundsätzlich zu unterstützen. Für nichtbeamtete Lehrkräfte wird entsprechend eine schrittweise Anpassung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder angestrebt.

An den bayerischen Grund- und Mittelschulen spitzt sich der Lehrermangel so zu, dass die Streichung von Unterrichtsangeboten umgesetzt werden muss – "B24" vom 01.08.2022. Nach Angaben des Kultusministeriums fehlen etwa 2.000 Lehrer; manche Experten gehen sogar von bis zu 4.000 Lehrern aus – "Abendzeitung" vom 20.10.2022.

Ein Brief des Kultusministeriums zum Anfang der Ferien an die Bezirksregierungen belegt das Desaster. Florian Kohl, der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, bezeichnete dieses Schreiben als schlichten Beleg dafür, dass es dem Ministerium nicht mehr gelingt, das Bildungssystem angemessen auszustatten.

Die Grund-, Mittel- und Förderschulen sollen nur noch das anbieten, was scheinbar unbedingt notwendig ist, sagt die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes Simone Fleischmann. Alles ist viel schlimmer als gedacht. Das sagen die Spitzenvertreter der Lehrer. BLLV-Chefin Fleischmann rechnet nicht nur mit der

Reaktivierung weiterer Pensionisten, um den Engpass abzufedern; Studenten würden künftig nicht nur Hausaufgabenbetreuungen übernehmen, sondern sogar als Klassenleitungen an der Tafel stehen. – Ein Armutszeugnis für das Bildungsland Bayern!

Ich habe vorhin schon erwähnt: Der Wähler wird das 2023 genau betrachten. Viele Tausende Eltern sind betroffen, wenn Unterrichtsstunden ausfallen. In dem Beispiel, das ich vorher erwähnt habe, würde es genau so ausgehen, dass die Klassen geschlossen nach Hause geschickt werden müssen, weil überhaupt kein Unterricht mehr stattfinden kann, oder irgendeine Lehrkraft macht dann gleich mehrere Klassen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Franz Bergmüller (AfD):** Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Margit Wild. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Margit Wild (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt hier wieder zum Thema sprechen, nämlich zum Gesetzentwurf der GRÜNEN. Warum halten wir von der SPD A 13 als Eingangsamt für alle Lehrkräfte für erforderlich? – Das werde ich Ihnen jetzt begründen. Es ist höchste Zeit für gleiche Besoldung, und zwar aus folgenden Gründen:

Es ist erstens ein Gebot der Gerechtigkeit im Staatsdienst generell. Universitätsabsolventen steigen im Staatsdienst in der Regel als Beamte mit A 13 oder vergleichbarer Besoldung, zum Beispiel R 1 für Richter und Staatsanwälte, oder mit E 13 als Tarifbeschäftigte ein.

Es ist zweitens ein Gebot der Gerechtigkeit speziell im Schuldienst. Die besonderen Herausforderungen an Grund- und Mittelschulen durch Pandemie, Inklusion und Inte-

gration brauche ich nicht auszuführen, die sind hinlänglich bekannt. Warum Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen pro Monat Hunderte Euro weniger verdienen, ist echt nicht zu begründen.

(Beifall der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Zu den konkreten Zahlen: A 12 beginnt in der Erfahrungsstufe 4 bei 4.091,28 Euro. In der Erfahrungsstufe 5 gibt es bei A 12 pro Monat 4.274,13 Euro. – Jetzt hören Sie gut zu! – Die Besoldungsstufe A 13 beginnt dagegen in der Erfahrungsstufe 5 bereits bei 4.774,01 Euro. Das sind also zwischen A 12 und A 13 gravierende Unterschiede von mehreren Hundert Euro, wofür es keine Begründung gibt.

(Beifall der Abgeordneten Ruth Müller (SPD) und Doris Rauscher (SPD))

Es ist drittens ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Wenn man mit A 12 nicht genügend Lehrkräfte für die Grund- und Mittelschulen finden konnte, dann sollte das Lehramt an diesen Schulen rasch und finanziell deutlich attraktiver gestaltet werden. Selbst das Kultusministerium geht von einer beträchtlichen Anzahl fehlender Lehrkräfte aus. Wobei man immer den Eindruck hat: Wirklich im Griff hat der Kultusminister die entscheidenden Zahlen und die Eckdaten im Schulsektor nun nicht. Wenn ein Arbeitgeber zusätzliche Menschen für sein Unternehmen gewinnen will, er sie für die gegenwärtige Bezahlung aber nicht bekommt, dann muss er eben eine bessere Bezahlung anbieten. So funktioniert der Arbeitsmarkt, und ich denke, das gilt auch so im Staatsdienst.

Die GRÜNEN schlagen nun in ihrem Gesetzentwurf vor, dass die Anhebung der Eingangsbesoldung und die Anhebung aller Erfahrungsstufen sukzessive in gleichmäßigen Schritten über fünf Jahre erfolgen soll. Das ist eine Operationalisierung der Forderung, die einen konkreten Weg für die Umsetzung formuliert. Sie gibt Lehrkräften an den Grund- und Mittelschulen zumindest mittelfristig eine Perspektive auf Gleichstellung der Vergütung. Das kann aber auch schneller gehen als in einem Zeitraum von fünf Jahren.



Es geht beim Gesetzentwurf der GRÜNEN auf jeden Fall um die künftigen Neueinstellungen. Es geht aber wohl auch um die laut Haushalt 2022 ausgewiesenen 19.283,67 Stellen für die Lehrkräfte in A 12 an Grund- und Mittelschulen. Ich nehme an, es geht auch um die gegenwärtig 6.757 Stellen in A 12 plus Amtszulage, die künftig A 13 bekommen sollen. Soll A 13 auch für die Fachoberlehrer und Fachlehrer in A 10 plus Amtszulage und A 11 plus Amtszulage gelten? Wie werden die Förderlehrer künftig eingruppiert, die gegenwärtig in A 12, A 11, A 10, A 9 zu finden sind? Das sind Fragen, die man noch klären muss. Was ist mit den Rektoren und Konrektoren in A 14 plus Amtszulage?

Bei allen Fragen, die sich beim GRÜNEN-Gesetzentwurf stellen, ist der Ansatz um Klassen besser als das, was wir bisher vom Ministerpräsidenten gehört haben. Wir haben ja nur etwas gehört; das sind keine gemachten Hausaufgaben, sondern Ankündigungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Für eine Klarstellung wären wir echt dankbar. Diese Punkte können wir dann natürlich in den Ausschüssen intensiv diskutieren. Aber der Gesetzentwurf der GRÜNEN ist ein Versuch der Operationalisierung der Zielsetzung "A 13 in allen Schularten".

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Margit Wild (SPD):** Bei allen offenen Fragen, die wir noch sehen, teilen wir die Intention, und deshalb sehen wir das als positiv an.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Matthias Fischbach. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Besoldungsgruppe A 13 ist inzwischen zu einem Symbol geworden, das eigentlich

für eine mehrfache Schiefelage in unserem Schulsystem steht, ein Symbol für Versorgungs- und für Gerechtigkeitsfragen.

Es ist eine Versorgungsfrage, weil sie sowohl damit verbunden ist, wie wir diesen akuten Lehrkräftemangel an Grund- und Mittelschulen bekämpfen, als auch damit, dass wir über die Studienanfängerzahlen an Mittelschulen eine Lösung brauchen. Wir sehen, wie groß die Probleme sind. A 13 ist nur ein Beispiel dafür; denn es geht um Ausbildungs-, um Arbeitsbedingungen insgesamt und um mehr Wertschätzung.

Es ist deshalb eben auch eine Gerechtigkeitsfrage, über die wir reden müssen. Es ist schon bezeichnend, wenn man sich den Gesetzeswortlaut des Artikels 23 mal anschaut. Bei allen Qualifikationsebenen gibt es eine klare und abschließende Zuordnung. Nur in der 4. QE lautet es dann: "; für Grund- und Mittelschullehrer und Grund- und Mittelschullehrerinnen gilt abweichend die Besoldungsgruppe A 12." – Das muss man schon erklären.

Es wird dann diese klassische Erklärung vorgetragen: Studium, Korrekturanforderungen usw. Ich muss ehrlich sagen: Das reicht, glaube ich, nicht mehr dafür aus, dass der Philologenverband seine Mitglieder davon überzeugen kann; denn es ist klar, dass wir die Besoldungsreform mit einer Ausbildungsreform verbinden müssen, nicht zuletzt deshalb, weil für Grund- und Mittelschullehrkräfte besondere Herausforderungen durch Integration und Inklusion immer mehr auch zu Problemen führen, auf die man vorbereiten muss.

Dann haben wir noch eine Pflichtstundenanzahl, die bei diesen Lehrkräften am höchsten ist, und wir haben leider eine Wertschätzung, die dort am niedrigsten ist. Das muss sich ändern. Wir müssen deutlich mehr machen, als nur die Einstiegsbesoldung anzuheben, wenn wir über Besoldung reden.

Deswegen müssen wir auch sagen: Bei diesem Gesetzentwurf fehlt einiges. Da fehlt, dass herausragende Leistungen und besonders auch die Übernahme von Führungsaufgaben weiter attraktiv bleiben. Eigentlich müssen sie sogar noch mehr gewürdigt

werden. Uns Liberalen ist die leistungsbezogene Bezahlung von Lehrkräften und die Stärkung von Leitung ein besonderes Kernanliegen. Da ist dieser Gesetzentwurf leider nicht zu Ende gedacht. In Artikel 27 werden zum Beispiel die Leitungsämter geregelt, auch mit Sonderregeln für die Führung von Grund- und Mittelschulen. Das wird hier überhaupt nicht angepackt. Das ist leider zu wenig. Ich freue mich dennoch, dass wir endlich die Debatte über das Wie der Umsetzung führen und nicht mehr über das Ob. – Vielen Dank also für die Aufmerksamkeit, und ich freue mich auf die Beratung in den Ausschüssen.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich hier Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.